



## **Ergebniszusammenfassung**

### **Multistakeholder-Gespräch zum 4. Nationalen Aktionsplan**

9. Mai 2023 15 Uhr

**Anwesenheit regierungsseitig:** Bundeskanzleramt Referat Moderner Staat (POC, Hr Haselbeck) sowie diverse aus BMWK, BMF, AA, BMI, BMDV, BMUV, BMJ, BMFSFJ und BMEL.

**Anwesenheit Zivilgesellschaft:** Open Government Netzwerk Deutschland / OGNWD (vertreten durch Hr Rack), Zeppelin Universität / ZU - The Open Government Institute (vertreten durch Prof. von Lucke; Hr Frank), Transparency International Deutschland / TI (vertreten durch Fr. Peltonen-Gassmann), Open Knowledge Foundation Deutschland (vertreten durch Hr Palmeshofer), Berlin Institut für Partizipation / Bipar (vertreten durch Hr Sommer).

Das Gespräch fand unter Chatham House Regeln statt, die wesentlichen Punkte sind hier teilanonymisiert festgehalten (ohne Gewähr). Grundlage für das Gespräch war die unter <https://www.open-government-deutschland.de/opengov-de/ogp/informieren-und-mitgestalten-2183708> veröffentlichte Vorhabensskizze für den 4. NAP (darin die aktuellen Beschreibungen und Vorhabentitel).

### **Allgemein**

- Frage inwiefern Open Government in den Häusern forciert würde und welche Rolle der NAP hier spielt.
- BKamt merkt dazu an, dass offenes Regierungshandeln alle angeht und an unterschiedlichsten Stellen sich im Regierungshandeln niederschlägt, der OGP NAP wird hier nur einen Ausschnitt darstellen können. Die Themenvielfalt ist dabei gewollt.
- TI berichtet von den Erfahrungen aus HH (OGP Local Aktionsplan) und kritisiert u.a. Vorgehen auf Bundesebene. Die Kommentierungsphase sei zu kurz, und es wird mehr Dialog durch die Ressorts selbst angeregt.

### **Zu den Vorhaben**

#### ÖPP-Projekte durch eine verbindliche Richtlinie transparenter machen (BMF)

- BMF weist ergänzend auf Ziele des Koalitionsvertrags (KoaV) hin. Transparenz sei hier eine Chance, ÖPP nachvollziehbarer zu machen.
- Bipar: Nachfrage ob Partizipation auch bei der Umsetzung der Richtlinie geplant sei
- BMF kann noch keine konkreten Angaben machen, diverse Stakeholder – auch Zivilgesellschaft – sollen aber an bestimmtem Punkt auch mit einbezogen werden.
- TI: Wirtschaftlichkeit von ÖPP würde bislang nicht weit genug betrachtet, Betrieb und langfristige Kosten blieben oft im Dunkeln, daraus ergebe sich ein verzerrtes Bild. Wunsch nach Transparenz bis in die Betriebsphasen hin als Teil der wirtschaftlichen Betrachtungen. Von Lucke: Lifecycle-Kosten.

#### Erster Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung (BMWK/BMI)

- BMWK ergänzt: Gemeinsame FF BMI. Bericht soll im Sommer 2024 vorgelegt werden. Derzeit in der Konzeptionsphase mit den Ressorts. Verschiedene Formate der Stakeholder und Öffentlichkeitsbeteiligung geplant. In Säule 2 soll neben Indikatoren auch Umfragebasierte Erhebungen gemacht werden damit es eine empirische Datenbasis gibt wie



Menschen Gleichwertigkeit sehen. Dialogformate, Fokusgruppen.  
Es wird darüber hinaus über offene Konsultationen nachgedacht.

- Anregung OGNWD: Auf den Wissensschatz der regionale Open Government Labore (rOGL) zurückzugreifen, war ein BMI Projekt aus BULE Mitteln finanziert
- BMWK nimmt Anregung mit. Grundsätzlich soll einbezogen werden was es schon gibt.
- Hinweis ZU auf Bedeutsamkeit von Geodaten. Aufbereitung auch mit Geoinformationssystemen von Anfang an mit einplanen. Wäre ein hervorragendes Beispiel, um den Umgang mit solchen Werkzeugen zu üben. Geobasierte Aufbereitung kann außerdem helfen, breiten Bevölkerungsschichten und Medien diese Inhalte besser zu vermitteln. Ggf. Gremien geobasierter Aufbereitung mit einbeziehen. Wichtig und lobenswert, Bürger früh mit einzubinden.
- Rack nennt Beispiel des Bäderatlas des DLRG

#### Einrichtung einer recherchierbaren Datenbank zur Veröffentlichung von Genehmigungsdaten der Rüstungsexportkontrolle (BMWK).

- von Lucke betont Wichtigkeit der Abwägung zwischen Transparenz und Schutzbedarfen wie z.B. nationale Sicherheitsstrategie
- TI: Begrüßenswert, gibt aber zu bedenken, dass dort wo mehr Transparenz geschaffen wird, ein bestimmter Teil in den unkontrollierten Bereich abwandern könne, es gäbe heute schon beträchtliches Ausmaß illegaler Waffenexporte.

#### Dezentrale Bürgergespräche zur Förderung von Hintergrundverständnis und Bürgernähe in der deutschen Außenpolitik (AA).

- AA ergänzt: Auftrag breit zu informieren; Zielgruppe werden diverser und ziehen sich ein eigene Kommunikationsräume zurück. Grundsätzlicher Ansatz, die Formate hier diverser aufzustellen. Beide Seiten haben mehr davon wenn der Austausch mit den tatsächlich betrauten Personen erfolgt. Gleiches gilt für die Mitarbeitenden des AA. Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Strukturen ist Kerngedanke, um unterschiedliche Milieus zu erreichen und Bewusstsein für Alltagsrelevanz von Außenpolitik zu stärken.
- Lob durch Bipar, insbesondere zum Ziel des Vorhabens zur Wechselwirkung. Das Format sei aber eine niedrige Stufe der Beteiligung, generell gelte für viele NAP-Vorhaben, dass die Aktionspläne eigentlich auch Fortschritt und Entwicklung dokumentieren sollten, das auf Basis einzelner in sich geschlossener Beiträge aber schwierig sei. Was sich daraus ergäbe und wie sich das Regierungshandeln weiterentwickelt ist oftmals kaum ersichtlich in den jeweiligen Handlungsfeldern.
- AA ergänzt, dass es in der Außenpolitik gesonderte Herausforderung sei, dialogisch zu erschließen wie Menschen davon betroffen sind. Das Abholen ist daher eine grundsätzliche Herausforderung. Es gäbe zudem eine genaue Prüfung durch BT was AA für Öffentlichkeitsarbeit (also reine Information; Verbot für Wahlwerbung) ausgibt. Hinweis auf Dialog Nationale Sicherheitsstrategie 2022. Methodisch vollwertiger nationaler Bürgerdialog mit Zufallsauswahl der Teilnehmenden über Einwohnermeldeämter.
- Von Lucke: Anliegen, nicht nur in Berlin den Dialog zu suchen, unterstützenswert. Sollten auch über zwei Jahre hinaus nachdenken, wie Formate aussehen können um interessierte Stakeholder einzubringen, flächendeckend.
- Rack begrüßt ebenso. In außenpolitischen Themen seien die Menschen aber durchaus sehr meinungsstark. Auch regionale Unterschiede in den außenpolitischen Vorstellungen seien von Interesse. Was sind die Kriterien für die Auswahl der Orte?



- AA: Versuch, diese nachfrageorientiert auszuwählen, u.a. über zivilgesellschaftliche Partner und interessierte Strukturen. Ggf. auch hybrid oder nur digital. Beispiel Kooperation mit Bildungsnetzwerk China: erreicht alle chinesisch unterrichtenden Organisationen in Deutschland.
- TI erinnert daran die Erfahrungen im Rahmen der Bürgerdialoge zur Zukunft Europas zu betrachten. Da gab es auch gute und schlechte Erfahrungen.
- Das ist eine Richtung, die AA in Öffentlichkeitsarbeit möglichst nicht gehen möchte, da dort vorinteressierte Menschen beteiligt wurden. AA möchte jenseits der ohnehin interessierten oder befassten Menschen aktiv werden. Dazu gibt es u.a. in Frankreich gute wie schlechte Erfahrungen. AA möchte Menschen erreichen die sonst nicht erreicht werden.
- Rack: Sind Netzwerke wie die U7 interessant, Stellenwert von Städte-Außenpolitik?
- AA bejaht. Städtediplomatie wichtiger Bezugspunkt.

#### Bundestransparenzgesetz (BMI)

- TI erinnert an zivilgesellschaftlichen Entwurf, der vorgelegt wurde. Es sollte aber nicht nur um Open Data sondern Informationen aller Art gehen.

#### Datenservice Öffentlicher Einkauf (BMI)

- ZU: Das sei ein Bereich in dem viele Akteure starke Eigeninteressen hätten. Es ginge faktisch auch um den Aufbau eines Vergabedatenraums; es sollte gestaltungsorientiert überlegt werden, wie dieser europaweit mit Leben gefüllt werden kann.

#### Einbeziehung von Nachhaltigkeitszielen bei der Gesetzgebung (BMJ)

- BMJ ergänzt, die Nachhaltigkeitsziele sollen frühzeitig in die Gesetzgebung einbezogen werden, neu sei, dass diese von Anfang an bei allen Prozessschritten der Konzeption und Ausarbeitung von Regelungen einbezogen werden sollten. Also auch im Vorblatt und im allgemeinen Teil der Gesetzesbegründung. Geplant ist eine Evaluierung bzw. Monitoring bis Ende 2024. Hierbei sollen nicht nur die Ressorts sondern auch die Zivilgesellschaft einbezogen werden.
- Rack merkt an Digitalisierung für Nachhaltigkeit und Digitalcheck für Gesetze hängen zusammen. Beispielsweise beim Lieferkettengesetz zeigte sich, dass über die Arbeit mit Daten zu wenig gedacht wird. Ein „SDG-Check“ wird begrüßt, aber wird dies mit anderen Vorhaben zusammen gedacht? Rack ergänzt Hinweis auf SDG Indikatorensystem
- BK Amt wirft ein, dass die Erprobung der Praxis hier auch Erkenntnisse liefern kann, wie die Ressorts die Prüfung vornehmen und beispielsweise welche Datengrundlagen dafür genutzt werden oder ggf. fehlen.
- BMJ betont, dass man es darum geht, die Nachhaltigkeitsziele frühzeitig in die Gesetzgebung einzubeziehen sind. Es soll überprüft werden, wie gut die genannten Empfehlungen hierzu auch in der Praxis umgesetzt werden.
- Rack wirft ein, dass dazu schon die Infrastrukturebene mitgedacht werden müsste, also wie es um Zugänglichkeit zu notwendiger Datenbasis aussehe.
- TI: SDG16 sei ja das Schlüsselziel für OGP und zur Erreichung aller anderen SDGs.
- Anderer Input: Vergleich von Ist und Soll-Zuständen sollte Bestandteil von Evaluation sein.

#### Datacube – Daten zur Umwelt (BMUV)

- Bipar: sehr begrüßenswert.
- BMUV betont es ginge vorrangig auch darum, u.a. die diversen Angebote des UBA „aufzuräumen“ und maschinenlesbar zu machen.
- ZU: EU-Ebene sollte mitgedacht werden, u.a. Datenräume



- BMUV gibt zu bedenken, dass es sich beim Datacube nicht um einen Datenraum im engeren Sinne handelt, also z.B. kein Brokersystem beinhaltet, sondern zunächst eine Verbesserung der Publikation der vom Ressort vorbehaltenen oder zu publizierenden Daten handelt.

Nationaler Aktionsplan (NAP) „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ (BMFSFJ)

Erarbeitung und Umsetzung der Strategie gegen Einsamkeit (BMFSFJ)

- Verweis jeweils auf die Projektdarstellung auf der Website des BMFSFJ

„Dialognetzwerk zukunftsfähige Landwirtschaft“ (BMEL, BMUV)

- BMEL ergänzt, Netzwerk existiert seit einem halben Jahr.
- Rückfrage ob Landesebene involviert sein wird von BMEL verneint (bislang nicht)